

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	18
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	40/2018
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	26.02.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Wölfle		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / de		
Betreff:	Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplan- beratungen 2018/2019 für den Bereich des Sozialamts		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 07.02.2018, GRDRs 40/2018. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Gemäß einem Wunsch von StRin Bulle-Schmid (CDU) ruft BM Wölfle den Tagesordnungspunkt 4 "Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen 2018/2019 für den Bereich des Gesundheitsamts" (heutige Niederschriftennummer 19) mit auf. Die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 findet gemeinsam statt und ist in diesem Protokoll wiedergegeben.

Im Namen ihrer Fraktion bedankt sich StRin Bulle-Schmid (CDU) bei der Verwaltung für die beiden Vorlagen zum Sozialamt und zum Gesundheitsamt. Diese stellen eine ausführliche Zusammenfassung der die beiden Ämter betreffenden Haushaltsbeschlüsse dar und seien damit sowohl für die Ratsmitglieder als auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger ein sinnvolles Nachschlagewerk. Die Stadträtin hebt die gute Zusammenarbeit mit der Fachverwaltung hervor und erklärt, dass nicht zuletzt deshalb in den vergangenen Haushaltsplanberatungen 2018/2019 für den Bereich Soziales viele wichtige Projekte und Vorhaben beschlossen werden konnten. Ähnlich äußern sich im weiteren Verlauf der Aussprache auch StR Stopper (90/GRÜNE), StRin Gröger (SPD), StR Ehrlich (SPD), StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS), StRin Bodenhöfer-Frey (FW) und StRin Yüksel (FDP). Sie alle bedanken sich ebenfalls bei der Verwaltung.

Besonders erfreulich sei, erklärt StRin Bulle-Schmid weiter, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Mittel für den Ausbau der Tagesstätten für psychisch Kranke bewilligt worden sind. Dies sei ihrer Fraktion sehr wichtig gewesen. Ebenso sehr positiv sei die Gewährung weiterer Gelder für den Bereich der Suchtprävention und Suchthilfe. Diese Ansicht teilt auch StRin Halding-Hoppenheit. Ferner erwähnt StRin Bulle-Schmid die beschlossene Erhöhung der Einkommensgrenze für die FamilienCard auf 70.000 Euro. Dieser Schritt sei sinnvoll und bedeute mit Sicherheit eine Verbesserung für viele Familien.

Dass im Rahmen der vergangenen Haushaltsplanberatungen insgesamt viel Geld für Soziales in die Hand genommen worden ist, würden auch die durch den Gemeinderat bewilligten Mehraufwendungen im Haushaltsplan (in 2018: 3.013.630 EUR; in 2019: 2.751.230 EUR bezogen auf den Ergebnishaushalt) deutlich aufzeigen, so StRin Bulle-Schmid weiter. Sie halte diese Investitionen für richtig und wichtig. Gerade vor dem Hintergrund der aktuell guten Haushaltslage dürfe man Menschen, die bedürftig oder krank seien und deshalb auf Hilfe angewiesen sind, nicht vergessen. Bezogen auf das Gesundheitsamt hebt die Stadträtin die im Rahmen der Etatberatungen beschlossenen Stellenneuschaffungen als besonders positiv hervor. Diese Auffassung teilt auch StRin Gröger. Sie erklärt, auch in Zukunft müsse man eine an die Aufgabenfülle angepasste ausreichende Personalausstattung beim Gesundheitsamt gewährleisten.

Im Zusammenhang mit den Stellenneuschaffungen erwähnt StRin Bulle-Schmid ferner das Stuttgarter Stufenmodell zur Übergewichtsprävention und -therapie (Adipositas-Stufenmodell). Adipositas sei ein gesellschaftsrelevantes gesundheitliches Problem und könne zu langfristigen Spätfolgen führen. Die Beteiligung der Stadt an der Übergewichtsprävention und -therapie bei Kindern und Jugendlichen sei deshalb eine sehr wichtige Maßnahme.

Bezugnehmend auf das Adipositas-Stufenmodell bedankt sich Herr Prof. Dr. Eehalt (GesundhA) bei den Ratsmitgliedern für die Unterstützung der Maßnahme, die er weiterhin begleiten werde. Hierbei handle es sich um eine neue Pflichtaufgabe der Gesundheitsplanung. Wie sich der Stellenbedarf für das Projekt künftig gestalten werde, könne man derzeit noch nicht genau abschätzen, meint Prof. Dr. Eehalt gegenüber StR Ehrlich. Das Adipositas-Stufenmodell sei ein komplexes Netzwerk zur Übergewichtsprävention und -therapie, bei dem die Stadt einen Anteil übernehmen werde. Es gehe unter anderem um eine Vernetzung bereits bestehender Angebote mit den neuen Angeboten des Projektes sowie eine enge Kooperation mit niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten in der Stadt, Kostenerstattern und Trägern. Man werde die Ratsmitglieder über die Akzeptanz und die Erfolge des Projektes auf dem Laufenden halten.

Die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN freue sich darüber, dass in den vergangenen Haushaltsberatungen in vielen Fällen eine weitere Finanzierung bzw. ein weiterer Ausbau von bereits erfolgreich laufenden Projekten beschlossen worden ist, erklärt StR Stopper. Dazu gehöre beispielsweise die Weiterentwicklung der Arbeit der Begegnungsstätten für Ältere oder die Unterstützung der Tagesstätten für chronisch psychisch kranke Menschen. Insgesamt sei der Haushalt 2018/2019 ein guter für das Referat SI.

Im Weiteren kommt der Stadtrat auf das Thema Prostituiertenschutzgesetz zu sprechen und meint, hier habe der Gemeinderat zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zahlreiche neue Stellen bewilligt. Seine Fraktion halte die beschlossenen Stellen für sinnvoll

und notwendig, um künftig durch ein gutes Konzept wirkliche Verbesserungen bei der Situation von weiblichen und männlichen Prostituierten in der Stadt zu erreichen. Diese Ansicht teilt auch StRin Halding-Hoppenheit. Er hoffe, so StR Stopper weiter, dass die Anstrengungen der Stadt in diesem Bereich durch entsprechende Kostenerstattungen seitens des Bundes und des Landes auch wirklich größtmöglich refinanziert würden.

Auf Fragen von StR Ehrlich zum Thema Prostitutionsschutzgesetz eingehend, führt Herr Dr. Priwitzer (GesundhA) aus, dass ein Großteil der beschlossenen Stellen bereits ausgeschrieben sei. Obwohl der Bewerbermarkt aktuell nicht einfach sei, sei man zuversichtlich, den geplanten Starttermin für die künftigen Hilfsangebote Anfang April dieses Jahres einhalten zu können. Ein Teil der Stellen im Bereich Prävention und Sozialarbeit sei derweil noch nicht ausgeschrieben, da man die formelle Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium abwarten müsse. Zu einer weiteren Nachfrage von StR Ehrlich erklärt Herr Dr. Priwitzer, die Impfungen gegen Hepatitis A und B würden vom Gesundheitsamt im Rahmen der Sprechstunde HIV/Sexuell übertragbare Erkrankungen angeboten. Das Angebot richte sich an die Gesamtbevölkerung, speziell aber auch an nicht krankenversicherte weibliche und männliche Prostituierte. Die Impfungen werden auch künftig selbstverständlich weiter angeboten, so der stellvertretende Leiter des Gesundheitsamtes. Er gehe davon aus, dass der Bedarf durch die Regelungen zum Prostituiertenschutzgesetz in Zukunft noch weiter ansteigen werde.

Im Hinblick auf den Weggang von Herrn Dr. Priwitzer und die künftige Leitung der Abteilung Gesundheitsschutz, Amtsärztlicher Dienst beim Gesundheitsamt erklärt BM Wölfle, sobald das Land das Gesuch auf Umsetzung von Herrn Dr. Priwitzer bei der Stadt eingereicht habe, werde die Verwaltung seine Stelle ausschreiben.

Im Folgenden macht StR Stopper darauf aufmerksam, dass das Referat SI durch die aus der Satzung über die Benutzung von Unterkünften des Sozialamts für Flüchtlinge resultierenden Gebühren einen großen Beitrag zu Mehreinnahmen im städtischen Haushalt für die beiden kommenden Haushaltsjahre leistet. Ähnlich äußert sich hierzu im Weiteren auch BM Wölfle.

StRin Gröger spricht in ihrem Wortbeitrag ebenfalls von einem guten Haushalt für den Bereich Soziales. Allerdings sei sie der Meinung, dass vor dem Hintergrund der guten städtischen Finanzlage in anderen Bereichen noch höhere finanzielle Beträge bewilligt worden sind. Auf die inhaltlichen Beschlüsse eingehend, erklärt die Stadträtin weiter, sie halte es für richtig, dass die Schaffung von behinderten- und altengerechtem Wohnen durch ein spezielles Programm gefördert werde. Sie sehe die Stadt hier in der Pflicht, mit dazu beizutragen, den Bedarf an solchen Wohnformen zu decken, ggf. durch eine Quote bei Neubauten und Anreize zum Umbau bei Bestandswohnraum.

Hierzu erklärt BM Wölfle, zum Thema soziale Belange bei der Grundstückspolitik werde es in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.03.2018 einen eigenen Tagesordnungspunkt geben. Dabei wolle die Sozialverwaltung zusammen mit Vertretern des Stadtplanungsamtes exemplarisch am Beispiel Schoch-Areal und NeckarPark die Überlegungen zum Thema Soziale Planung in den Stadtquartieren darstellen.

Gegenüber StRin Gröger, die im Hinblick auf die Arbeit mit Älteren, bzw. die Unterstützung von Älteren, die Wichtigkeit von städtischen häuslichen Besuchen und die Wichtigkeit der Armutskonferenz betont hatte, erklärt BM Wölfle weiter, präventive Hausbe-

suche seien zunächst in den Stadtbezirken Wangen und Untertürkheim geplant. Er könne selbst aus Erfahrungen über die positive Wirkung von Jubilar-Besuchen berichten. Ab dem 100. Geburtstag würden die Jubilare persönlich durch die Bürgermeister besucht. Er nehme diese Termine sehr gerne wahr, so BM Wölfle, da man bei diesen Gelegenheiten auch einiges über den Alltag der Seniorinnen und Senioren und etwaige Probleme erfahren, und so unmittelbare Anregungen für Verbesserungen gewinnen könne. Bezüglich der Armutskonferenz erklärt der Bürgermeister weiter, diese werde am Freitag, 24.05.2019, ganztägig im Rathaus stattfinden.

Im Folgenden spricht StRin Gröger die beschlossene Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden in den sogenannten städtischen Sozialpensionen an. Dahinter stecke auch die Überlegung, für diese Menschen mehr Wohnraum zu schaffen. In diesem Kontext sei auch ein Konzept mit der Vector-Stiftung erarbeitet worden, meint die Stadträtin, und bittet, dieses Konzept möglichst bald in einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vorzustellen.

Im Namen der FDP-Gruppierung erklärt StRin Yüksel, man sei mit den Beschlüssen zum Sozialamt und Gesundheitsamt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen insgesamt sehr zufrieden. Vieles von dem, was ihre Gruppierung habe beantragen wollen, sei bereits in der grünen Liste aufgeführt gewesen. Sie freue sich auch darüber, dass die Anträge der FDP zum Thema Stadt seniorenrat und Erhöhung der Sachkostenpauschale bei den Sozial- und Gerontopsychiatrischen Diensten eine Mehrheit gefunden haben. Die Stadträtin dankt Herrn Spatz (SozA) für die Beratung zu diesen Themen im Vorfeld der Etatberatungen.

BM Wölfle weist darauf hin, dass bei der zusammenfassenden Auflistung der Haushaltsbeschlüsse die Vorlage zum Thema Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung fehle. Diese werde separat unter Einbindung des Beirates für Menschen mit Behinderung beraten. Abschließend bedankt er sich bei den Ratsmitgliedern ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und die wohlwollende Behandlung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Projekte und Vorhaben im Bereich Soziales im Rahmen der Etatberatungen.

Danach schließt der Vorsitzende die beiden Tagesordnungspunkte ab. Somit hat der Sozial- und Gesundheitsausschuss von den GRDrSn 40/2018 und 54/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / de

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)
Gesundheitsamt (4)
SI-BB

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN